



NIEDERSCHRIFT Nr. 08/2013

Sitzung der Ratsversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.09.2013
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal, Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Bürgervorsteherin Natalina Boenigk - CDU

Mitglieder

Ratsfrau Ulrike Bues - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Dietrich Drechsler - CDU
Ratsherr Joachim Dreher - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Torsten Hauwetter - CDU
Ratsherr Bernd Hinrichs - CDU
Ratsherr Herbert Hoffmann - SPD
Ratsherr Jürgen Jacob - CDU
Ratsherr Florian Kirsch - CDU
Ratsherr Olaf Klampe - FDP
Ratsfrau Angela Klecz - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Werner Mende - FDP
Ratsherr Andreas Meyer - CDU
Ratsherr Marcus Ohlmeier - SPD
Ratsherr Bernd Pieper - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Carl-Eric Pudor - CDU
Ratsfrau Babett Rohde - CDU
Ratsherr Karl-Heinz Schack - CDU
Ratsherr Dieter Schott - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Bärbel Schultz - SPD
Erster Stadtrat Klaus Seyfert - CDU
Ratsherr Kai Sibbert - CDU

Ratsfrau Petra Springer - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Manfred Stache - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Peter Thomsen - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Gerhard Thomssen - SPD
Ratsherr Dieter Tietz - SPD
Ratsfrau Angela Traboldt - SPD
Ratsherr Kai Vogel - SPD
Ratsherr Jan Weber - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Aylin van Dülmen - SPD

Beiratsmitglieder

Herr Dieter Göllner - Seniorenbeirat

Verwaltung

Frau Urte Steinberg - Bürgermeisterin
Herr Michael Artus - Leiter FB I
Herr Thorsten Backhaus - KSP
Herr Jan Gawryluk - Leiter KSP
Herr Michael Hauser - Justizariat
Frau Silkata Sahin-Adu - KSP
Herr Klaus Stieghorst - Leiter FB III
Herr Michael Scheer - Protokollführung

Fehlende Mitglieder

Ratsfrau Gabriela Matthies - SPD
Ratsfrau Helga Kock - SPD
Ratsherr Uwe Lange - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Reinhard Matthies - SPD

T a g e s o r d n u n g:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Verpflichtung und Einführung eines Mitgliedes der Ratsversammlung
3. Einwohnerfragestunde
4. Abfassung von öffentlichen Teilen von Niederschriften
 - 4.1. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.05.2013
 - 4.2. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.06.2013
5. Bericht der Verwaltung

6. Bericht des Kinder- und Jugendbeirates
7. Bericht des Seniorenbeirates
8. Wahlen in Ausschüsse
Drucksache: 13/226/2
9. Bestellung der Aufsichtsräte der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH, der Stadtwerke Pinneberg GmbH und der pinnau.com GmbH & Co. KG
Drucksache: 13/180/1
10. Beirat der Stiftung Landdrostei Pinneberg; Berufungsvorschlag für den Stiftungsvorstand
Drucksache: 13/189/1
11. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013
Drucksache: 13/217
12. Entscheidung über die Vermittlung von Spenden
Drucksache: 13/198
13. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt-und Ortsteilzentren"
Förderantrag 2014
Drucksache: 13/235/1
14. Kommunaler Servicebetrieb der Stadt Pinneberg - Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 und Ergebnisverwendung
Drucksache: 13/227
15. Mitteilungen
- 15.1. Haushalt 2013; neu erstellte Übersichten über den Stand der Verschuldung
Drucksache: 13/207
- 15.2. Eröffnungsbilanz der Stadt Pinneberg zum 01.01.2009
Drucksache: 13/225
- 15.3. Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung; 2. Quartal 2013
Drucksache: 13/210
16. Beschlussfassung über die Behandlung des Tagesordnungspunktes 17 in nichtöffentlicher Sitzung

Voraussichtlich in nichtöffentlicher Sitzung:

17. Klageerhebung beim Verwaltungsgericht Schleswig sowie Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz
Drucksache: 13/219

Nichtöffentliche Sitzung:

18. Mitteilung
- 18.1. Bericht zum Stand der Ausführung der in vertraulichen Angelegenheiten gefassten Beschlüsse der Ratsversammlung; 2. Quartal 2013
Drucksache: 13/202

19. Abfassung von nichtöffentlichen Teilen von Niederschriften
- 19.1. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.05.2013
- 19.2. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.06.2013

Vor Beginn der Sitzung der Ratsversammlung ehrt die Vorsitzende zunächst Ratsfrau Traboldt für ihre zehnjährige Mitgliedschaft in der Ratsversammlung der Stadt Pinneberg. Die Vorsitzende und Bürgermeisterin Steinberg überreichen eine Urkunde und Blumen.

Öffentliche Sitzung:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet sodann die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Gegen diese und ihre weitere Feststellung, dass die Einladung nebst Tagesordnung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist, werden keine Einwendungen erhoben.

zu 2 Verpflichtung und Einführung eines Mitgliedes der Ratsversammlung

Die Vorsitzende verpflichtet gemäß § 33 Abs. 5 der Gemeindeordnung Ratsfrau Traboldt durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihre Tätigkeit ein.

zu 3 Einwohnerfragestunde

Herr Andreas Wilkins bittet um Auskunft, ab wann es an der Johannes-Brahms-Schule mit der Mittagsverpflegung losgehe. Wann werden die Gelder für den Umbau des Provisoriums zur Verfügung stehen?

Frau Carola Meyer weist darauf hin, dass an der Johannes-Brahms-Schule bereits seit zehn Jahren mit einem Provisorium gelebt werde. Sei ein Bau einer Mensa an dieser Schule eigentlich noch geplant?

Bürgermeisterin Steinberg führt daraufhin aus, dass die Angelegenheit in der Sitzung des Schulausschusses am 26.09.2013 abschließend beraten werden solle. Zuvor werde am 23.09.2013 noch ein Gespräch mit der Schulleitung und Vertretern des Kommunikationsvereins stattfinden. In der Sitzung des Fachausschusses würden dann die aufgeworfenen Fragen beantwortet werden. Dem wolle sie jetzt nicht vorgreifen. Das Provisorium werde indes beendet.

zu 4 Abfassung von öffentlichen Teilen von Niederschriften

zu 4.1 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.05.2013

Gegen die Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.05.2013 werden keine Einwendungen erhoben.

zu 4.2 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.06.2013

Gegen die Abfassung der Niederschrift vom 13.06.2013 werden keine Einwendungen erhoben.

zu 5 Bericht der Verwaltung

a) Eröffnungsbilanz

Bürgermeisterin Steinberg unterrichtet die Ratsversammlung, dass das Rechnungsprüfungsamt derzeit einen Prüfungsplan für die Eröffnungsbilanz erarbeite.

b) 1. Nachtragshaushalt 2013

Bürgermeisterin Steinberg führt aus, dass der Stadt die kommunalaufsichtliche Genehmigung des 1. Nachtragshaushaltes 2013 seit dem 05.08.2013 vorliege.

c) Westumgehung

Bürgermeisterin Steinberg berichtet der Ratsversammlung, dass die Verwaltung zwischenzeitlich auf verschiedene Grundstückseigentümer zugegangen sei, um für den Bau der Westumgehung noch notwendige Flächenankäufe zu realisieren.

d) Bahnhalte

Bürgermeisterin Steinberg erklärt, dass bezüglich der künftigen Anzahl der Bahnhalte in Pinneberg Ende Oktober/Anfang November 2013 eine Entscheidung fallen werde.

e) Bahnhof

Bürgermeisterin Steinberg unterrichtet die Ratsversammlung, dass den zuständigen städtischen Gremien im Dezember 2013 die Neugestaltung des Bahnhofsgebäudes vorgestellt werden solle. Ziel der Lenkungsgruppe sei dabei, den historischen Bahnhof zu erhalten und die Gleise barrierefrei erreichbar zu machen.

f) Bahnhofsumfeld

Bürgermeisterin Steinberg trägt vor, dass der Stadt bezüglich der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes zwischenzeitlich ein erster Förderbescheid zugegangen sei. Bezüglich eines weiteren Antrages beim Förderfond Nord werde auf den Bescheid noch gewartet.

g) Brauerhaus

Bürgermeisterin Steinberg berichtet der Ratsversammlung über ein Gespräch mit dem Investor, wonach dieser derzeit die Vorbereitungen für eine Realisierung des Brauhauses am Marktplatz betreibe.

h) Fußgängerzone

Bürgermeisterin Steinberg führt aus, dass mit der Neugestaltung der Fußgängerzone im März 2014 begonnen werden solle. Im Januar 2014 würden die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhabern unterrichtet, wie die Neugestaltung vonstatten gehen solle.

i) Ehemaliges Kreishausareal

Bürgermeisterin Steinberg unterrichtet die Ratsversammlung, dass der Stadt für das ehemalige Kreishausareal mittlerweile zwei Bauanträge zugegangen seien. In der Nähe des Von-Ahlefeldt-Stiegs sei zwischenzeitlich bereits auch ein Gebäude abgebrochen worden.

j) Tierschutzverein

Bürgermeisterin Steinberg erklärt, dass dem Tierschutzverein von der Stadt zwischenzeitlich eine neue Fläche angeboten worden sei, nachdem die Verwaltung die Vorlage DS-Nr. 13/194 am 05.09.2013 zurückgezogen habe. Dieser habe darauf sein Interesse bekundet. Derzeit werde die entsprechende Gremienvorlage vorbereitet.

k) Rätselhafte Knalle

Bürgermeisterin Steinberg trägt vor, dass bislang die Ursache für die nächtlichen ohrenbetäubenden Knalle in Pinneberg noch nicht gefunden worden sei. Die Polizei und die Verwaltung würden aber versuchen, die Angelegenheit so schnell wie möglich aufzuklären.

zu 6 Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Der Kinder- und Jugendbeirat ist in der Sitzung nicht vertreten.

zu 7 Bericht des Seniorenbeirates

Herr Göllner unterrichtet die Ratsversammlung, dass der Seniorenbeirat sich am 17.09.2013 in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause, welche üblicherweise in Waldenau stattfindet, mit der fehlenden Busanbindung der Neubausiedlung in der Nähe der Schenefelder Landstraße auseinandergesetzt habe. Mit dieser Problematik habe sich der Seniorenbeirat bereits im letzten Jahr schon einmal an die Verwaltung gewandt. Seinerzeit habe diese die Sache wegen der ihr dabei entstehenden Kosten in Höhe von rd. 20.000,00 € nicht weiter verfolgen wollen. Der Seniorenbeirat habe den Betroffenen nunmehr geraten, zunächst zu ermitteln, wie viele Personen diese Anbindung nutzen wollen und wie häufig am Tag Busse verkehren sollen. Herr Göllner führt sodann aus, dass der Seniorenbeirat zu seiner nächsten Sitzung am 16.10.2013 eine Referentin zum Thema „Sucht im Alter“ eingeladen habe.

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 18.09.2013 gemäß der Vorlage DS-Nr. 13/226/2 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung wählt für ein aus einem Ausschuss ausgeschiedenes bürgerliches Mitglied sowie für aus verschiedenen Ausschüssen ausgeschiedene stellvertretende Mitglieder bzw. stellvertretende bürgerliche Mitglieder folgendes bürgerliches Mitglied, folgende stellvertretende bürgerliche Mitglieder und folgende nach § 6 Abs. 2 Satz 2 der Hauptsatzung zusätzliche stellvertretende Mitglieder neu:

auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren	stellv. bgl. Mitglied	Frau Birgit Drechsler	---
Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren	bgl. Mitglied	Herr Michael Holleck	Frau Birgit Drechsler
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	zusätzliches stellv. Mitglied gem. § 6 Abs. 2 Satz 2 Hauptsatzung	---	Bürgermeisterin Natalina Boenigk

auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Ausschuss Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen	stellv. bgl. Mitglied	Herr Dr. Dieter Koch	Herr Herbert Sinnen, Feldstraße 62

auf Vorschlag der Fraktion der Grünen & Unabhängigen:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	Ratsherr Peter Thomsen	Frau Uta Moor Richard-Köhn-Str. 37

auf Vorschlag der Fraktion der BÜRGERNAHEN:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	Ratsherr Uwe Lange	Herr Marvin Rogall Haidberg 45

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend	zusätzliches stellv. Mitglied gem. § 6 Abs. 2 Satz 2 Hauptsatzung	---	Ratsherr Uwe Lange

auf Vorschlag der FDP-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	Gewählt
Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend	stellv. bgl. Mitglied	Herr Dr. Werner Kahle	Frau Alexandra Waßong, Ginsterweg 18

Zudem wählt die Ratsversammlung für den am 22.07.2013 verstorbenen Herrn Harald Keiser in Angelegenheiten des Kleingartenwesens Herrn Kurt Meier, Friedrich-Ebert-Straße 51, 25421 Pinneberg, als Vertreter des Kleingärtnervereins Pinneberg e.V. in den Ausschuss Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen.“

Die Wahl durch Handzeichen gemäß § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung ergibt jeweils

31 Ja-Stimmen

für die unterbreiteten Wahlvorschläge.

zu 9	Bestellung der Aufsichtsräte der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH, der Stadtwerke Pinneberg GmbH und der pinnau.com GmbH & Co. KG	13/180/1
-------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 15.08.2013 gemäß der Vorlage DS-Nr. 13/180/1 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, für die Aufsichtsräte der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH, der Stadtwerke Pinneberg GmbH und der pinnau.com GmbH & Co. KG neben der Bürgermeisterin die nachfolgenden Personen als Mitglieder zu bestellen:

1. Ratsherr Dietrich Drechsler (CDU-Fraktion)
2. Ratsherr Bernd Hinrichs (CDU-Fraktion)
3. Ratsherr Herbert Hoffmann (SPD-Fraktion)
4. Ratsherr Reinhard Matthies (SPD-Fraktion)
5. Herr Ralf Wenn (Fraktion der Grünen & Unabhängigen)
6. Ratsherr Bernd Pieper (Fraktion der BÜRGERNAHEN)
7. Herr Karl-Heinz Wolff (Arbeitnehmervertreter)
8. Herr Marco Puder (Arbeitnehmervertreter)“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 10	Beirat der Stiftung Landdrostei Pinneberg; Berufungsvorschlag für den Stiftungsvorstand	13/189/1
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 15.08.2013 gemäß der Vorlage DS-Nr. 13/189/1 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung schlägt dem Vorstand der Stiftung Landdrostei Pinneberg vor,

Herrn Christoph Forsthoff

in den Beirat der Stiftung zu berufen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 11	Beschlussfassung über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013	13/217
--------------	-----------------------------------------------------------------------------	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 02.09.2013 gemäß der Vorlage DS-Nr. 13/217 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung erklärt die Gemeindewahl vom 26.05.2013 für gültig, da keiner der in § 39 Nr. 1 bis 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes (GKWG) genannten Fälle vorliegt.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 12	Entscheidung über die Vermittlung von Spenden	13/198
--------------	------------------------------------------------------	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 05.09.2013 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 13/198 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung genehmigt die Vermittlung nachfolgend aufgeführter Spenden:

Datum	Betrag	Einzahler	Verwendungszweck
02.05.2013	30,- €	Baerbel Dierks	„Pinosaurier“
31.05.2013	200,- €	Bernd Otto	„Pinosaurier“
03.06.2013	30,- €	Baerbel Dierks	„Pinosaurier““

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 13	Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"	13/235/1
	Förderantrag 2014	

In der Angelegenheit weist die Vorsitzende zunächst darauf hin, dass der Ausschuss Stadtentwicklung am 27.08.2013 gegenüber der Ratsversammlung mehrheitlich eine Beschlussempfehlung gemäß dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 13/235/1 ausgesprochen habe.

Die Angelegenheit wird sodann erörtert.

Ratsherr Stache erklärt, dass er der vorliegenden Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde. Als Begründung führt er an, dass sich aufgrund der Erhöhung der Fördersumme des Landes auch der von der Stadt zu erbringende Eigenanteil um rd. 40.000,00 € erhöhen werde. Dies solle nunmehr auf die Schnelle beschlossen werden, als wenn es in Pinneberg keinen Investitionsstau an den Schulen gebe. Der Eigenanteil, den die Städte bei solchen Förderungen selbst bezahlen müssen, sei indes auch deshalb eingeführt worden, damit sich diese nicht einfach so viel wie möglich an Infrastruktur bezahlen lassen, sondern dies in dem Rahmen geschehe, der den finanziellen Möglichkeiten der Städte entspreche. In Pinneberg sei es jedoch immer noch so, dass bei ganz bestimmten Infrastrukturmaßnahmen auf alle in Frage kommenden Fördermittel zurückgegriffen werde. In den meisten Fällen werde dabei in den zuständigen Gremien noch nicht einmal darüber debattiert, was dies für die Stadt finanziell bedeute. Mittel aus anderen Fördertöpfen würden hingegen gar nicht beantragt. So sei sich beispielweise im letzten Jahr nicht um Mittel für die Förderung der energetischen Sanierung von Kindertagesstätten bemüht worden. Ratsherr Stache geht sodann auf den Bericht über den wahren baulichen Zustand der Pinneberger Schulen ein, der eigentlich zu einem Verzicht von Fördergeldern für die Innenstadt hätte führen müssen. Statt durch die Inanspruchnahme von mehr Fördergeldern den Eigenanteil zu erhöhen, sollte auf Maßnahmen wie die Erneuerung der oberen Dingstätte oder die Neugestaltung des Drosteivorplatzes zumindest vorläufig verzichtet werden, um diesen zu verringern. Nun werde heute zunächst einmal nur über den Förderantrag abgestimmt, so dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 noch Fördermaßnahmen gestrichen werden könnten. Aufgrund der heutigen Entscheidung werde die Verwaltung aber den Haushaltsentwurf 2014 erstellen. Hierbei würden Vorentscheidungen getroffen, über die die Politik nicht immer unterrichtet werde. Für ihn persönlich wäre es beispielsweise katastrophal, wenn die bereits für 2013 vorgesehene Erneuerung eines Physikraumes der Johannes-Brahms-Schule erneut verschoben würde, weil die hierfür erforderlichen 13.500,00 € aufgrund der Erhöhung des Eigenanteils für die Innenstadt wiederum fehlen würden. Zudem gebe es eine ganze Anzahl an Fachräumen an anderen Schulen, die auch erneuert werden müssten. Außerdem solle nicht wieder eine marode Treppe an einer Schule geschlossen werden müssen, weil die finanziellen Mittel für deren Renovierung gestrichen worden seien. Abschließend erklärt Ratsherr Stache, dass die Stadt aus den genannten Gründen nur für wirklich wichtige Projekte Fördermittel aus dem Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ beantragen solle. Hierzu würden die Entwicklung des Parkplatzes der VR Bank und die Neugestaltung der Friedrich-Ebert-Straße gehören, damit eine bessere Fußverbindung zwischen dem neuen Supermarkt auf dem Gelände der ehemaligen Kreissparkasse und der Innenstadt geschaffen werden könne.

Ratsherr Thomssen führt aus, dass die Stadt in den letzten Jahren vom Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ durchaus profitiert habe. Dabei seien alle

förderfähigen Maßnahmen zunächst angemeldet und sodann im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen auf den Prüfstand gestellt worden, ob sie realisiert werden müssen. Nach diesem Prinzip solle die Stadt auch in diesem Jahr verfahren. Die Antragstellung koste die Stadt abgesehen vom damit verbundenem Arbeitsaufwand nicht einen Cent.

Ratsherr Meyer erklärt, dass sich die Stadt im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht nur um Schulen und Kindertagesstätten kümmern könne, sondern auch die Belange anderer Bevölkerungsanteile berücksichtigen müsse. Ratsherr Meyer bittet sodann die Verwaltung, der Selbstverwaltung künftig ihre Arbeit zu erleichtern, indem sie in Folgevorlagen die Änderungen gegenüber der Ursprungsvorlage kenntlich mache. Die im Inhalt der Vorlage DS-Nr. 13/235/1 genannten Zahlen würden nicht mit den finanziellen Auswirkungen übereinstimmen, so dass die Vorlage nur mit Mühe nachvollzogen werden könne. Auch die Anlagen der Vorlage seien mühsam zu verstehen.

Bürgermeisterin Steinberg sagt zu, dass die Verwaltung die Anregung, in Folgevorlagen die Änderungen gegenüber der Ursprungsvorlage zu kennzeichnen, künftig berücksichtigen werde. Herr Stieghorst ergänzt, dass es sich den Anlagen um vom Innenministerium vorgegebene Formulare handele. Diese seien schwer verständlich zu lesen. Die Verwaltung habe sie der Politik aber nicht vorenthalten wollen. Im Vergleich zur Ursprungsvorlage haben sich die in der Folgevorlage genannten Zahlen alle zum Teil zu Gunsten und zum Teil zu Ungunsten der Stadt verändert. Diesbezüglich habe die Stadt zum besseren Verständnis bereits ein erläuterndes Schreiben verteilt.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 27.08.2013 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 13/235/1 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beauftragt die Bürgermeisterin, den Förderantrag im Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ für das Programmjahr 2014 gemäß den Darlegungen in der DS-Nr. 13/235/1 zu stellen und erklärt die Absicht, den kommunalen Eigenanteil zur Finanzierung der in 2014 vorgesehenen Maßnahmen bereitzustellen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 20 Ja-Stimmen
bei 7 Nein-Stimmen
und 4 Stimmenthaltungen.

**zu 14 Kommunalen Servicebetrieb der Stadt Pinneberg
- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 und
Ergebnisverwendung**

13/227

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen an 05.09.2013 gegenüber der Ratsversammlung einstimmig eine Beschlussempfehlung gemäß dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 13/227 ausgesprochen habe.

Ratsherr Hauwetter erläutert sodann als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Danach habe der KSP aufgrund der Problematik der Falschbuchung bei der Stadt auch für den Jahresabschluss zum 31.12.2010 den gesamten Buchungsstoff für das Geschäftsjahr einer vollständigen Überarbeitung unterziehen müsse. Der nunmehr vorliegende Jahresabschluss zeige, dass der KSP es geschafft habe, sich zu verbessern und den Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Jahr 2009 zu verringern. Noch in diesem Jahr solle dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zudem

wahrscheinlich der vorläufige Jahresabschluss zum 31.12.2011 vorgelegt werden. Mit Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 werde der KSP dann mit einem vernünftigen Zahlenwerk arbeiten können.

Im Anschluss fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 05.09.2013 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 13/227 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, dass der der Vorlage DS-Nr. 13/227 als Anlage 1 bis 3 beigefügte Jahresabschluss zum 31.12.2010 des Kommunalen Servicebetriebes der Stadt Pinneberg, bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung und Anhang, in der geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehenen Fassung festgestellt wird.

Der Jahresfehlbetrag 2010 in Höhe von EUR 163.229,65 wird, verrechnet um den Verlustvortrag aus 2009 in Höhe von EUR 397.598,64, auf neue Rechnung vorgetragen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 15 Mitteilungen

zu 15.1 Haushalt 2013; neu erstellte Übersichten über den Stand der Verschuldung **13/207**

Die Ratsversammlung nimmt die neu erstellten Übersichten über die Verschuldung der Stadt Pinneberg zur Kenntnis.

Ratsherr Dreher führt aus, dass die Selbstverwaltung mit der Vorlage DS-Nr. 13/207 nach dem Januar 2013, dem Mai 2013 und dem Juli 2013 in diesem Jahr bereits die vierte Mitteilung über den Stand der Verschuldung der Stadt erhalten habe. Jede Mitteilung habe indes einen anderen Stand der Verschuldung bzw. der Kreditverbindlichkeiten enthalten. Zum Teil habe sich dabei die Differenz in einem zweistelligen Millionenbereich bewegt. Die Fraktion der Grünen & Unabhängigen habe deshalb eine Anfrage gestellt, deren Beantwortung teilweise zufriedenstellend ausgefallen sei. Einige Punkte seien jedoch offen geblieben. Ratsherr Dreher geht sodann auf die Gesamtverschuldung der Stadt ein, die sich nach der Vorlage DS-Nr. 13/2007 in diesem Jahr auf rd. 99 Mio. € belaufe, Ende des Jahres 2016 aber bereits rd. 150 Mio. € betragen werde. Nach Einschätzung seiner Fraktion werde die Stadt diese Summe indes noch locker übertreffen, da auf die Stadt für bereits angeschobene und zur Entscheidung anstehende Projekte eine Neuverschuldung von rd. 50 Mio. € zukomme, die die Haushalte der nächsten Jahre zusätzlich belasten werde. Bei diesen Projekten handle es sich um die Sanierung der Schulen und anderer öffentlicher Gebäude, um die Sanierung von Brücken und Tunneln, um einen Zuschuss für eine Kindertagesstätte auf dem ehemaligen Kasernengelände, um die Verlegung des Sonnabend-Wochenmarktes in die Innenstadt, um die Innenstadtumgestaltung, um die Bahnhofsumgestaltung, um die Realisierung der Westumgehung sowie um die äußere Erschließung des ehemaligen Kasernengeländes. Die Verwaltung sehe diese Haushaltssituation auf Nachfrage als nicht besonders kritisch an. Öffentliche Äußerungen der CDU- und der SPD-Fraktion zu diesem Thema gebe es bislang noch nicht. In diesem Zusammenhang erinnere er aber an die Aussagen des Innenministeriums anlässlich der Genehmigung des Haushaltes 2013, wonach die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr gegeben sei, die Investitionsplanung der Stadt dringend der Überarbeitung bedürfe und eine Genehmigung der für das Jahr 2014 geplanten

Kreditaufnahme nicht in Aussicht gestellt werden könne. Nun könne man natürlich den Kopf in den Sand stecken und auf den Sparkommissar vom Innenministerium warten oder aber versuchen, auf Dauer einen Schuldenschnitt zu erwirken. In absehbarer Zeit werde es indes nicht möglich sein, den städtischen Haushalt allein durch Investitionen auf gesunde Beine zu stellen. Das Ansinnen, nach der Realisierung der Westumgehung die Müssetwiete zu entwickeln und dann mit den verbundenen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer den städtischen Haushalt zu sanieren, sei illusorisch. In diesem Zusammenhang müssten sich die CDU- und die SPD-Fraktion zudem die Frage gefallen lassen, warum sie, die immer für die Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete gewesen seien, auf dem ehemaligen Kasernengelände die Flächen für Gewerbe reduziert haben. Zudem gebe es einen Investor, der im Rosenfeld seit rd. zehn Jahren 33.000 Quadratmeter an Gewerbefläche besitze, aber nicht nutze. Auf diesen müsse gemeinsam Druck ausgeübt werden, damit diese Fläche schnellstmöglich gewerblich genutzt werde.

Ratsherr Hauwetter spricht an, dass Ratsherr Dreher in seinem Vortrag den laufenden Haushalt und die Investitionen miteinander vermischt habe. Wenn die Stadt für Investitionen Schulden mache, schaffe sie damit einen Wert, der gegenzurechnen sei. Zurzeit werde auch nicht der Kopf in den Sand gesteckt, sondern für Pinneberg zukunftsweisende Projekte auf den Weg gebracht. Diese würden der Stadt auf Dauer finanziell nützen. Bezüglich des strukturellen Defizites sei begonnen worden, dieses mit geeigneten Maßnahmen zu verringern, um von dort aus auf Dauer Gelder in die Investitionen schieben zu können. Hierfür müssen aber auch die Einnahmen der Stadt gesteigert werden, wofür zunächst wiederum Investitionen getätigt werden müssen. Misslich sei, dass seitens der Verwaltung allein in diesem Jahr bislang vier verschiedene Schuldenstände benannt worden seien. Die Verwaltung habe aber eingeräumt, dabei zunächst Fehler gemacht zu haben. Passiert sei dadurch indes nichts. Durch die massive Aufklärungsarbeit habe die Stadt nun nicht einen Cent mehr oder weniger in der Kasse. Dadurch dürfe nicht das Ziel aus den Augen gelassen werden, zu versuchen, durch die Realisierung von Projekten, die zunächst Investitionen bedürfen, langfristig die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Ratsfrau Triboldt erklärt, dass in ihrer zehnjährigen Zugehörigkeit zur Ratsversammlung jedes Jahr Haushaltskonsolidierung betrieben worden sei, die nicht verhindern konnte, dass die städtische Verschuldung zugenommen habe. Nunmehr seien die freiwilligen Leistungen der Stadt so weit heruntergefahren, dass sich in diesem Bereich kaum noch Einsparungen erzielen lassen könnten. Und selbst wenn diese vorgenommen würden, würde dadurch der städtische Haushalt nicht zu retten sein. Auch das Land habe erkannt, dass Städte wie Pinneberg mittlerweile finanziell stark ausgeblutet seien und den sogenannten Rettungsschirm ins Leben gerufen. In diesem Zusammenhang hätten alle Fraktionen und die Verwaltung in gemeinsamer intensiver Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, überhaupt an diesem Programm teilnehmen zu dürfen. Angesichts dieser Tatsache könne die Fraktion der Grünen & Unabhängigen nicht so tun, als ob sie als einzige die katastrophale Haushaltslage der Stadt erkannt und die anderen Fraktionen heute entsprechend habe wachrütteln müssen. Ihr sei der Umstand seit ihrem Eintritt in die Kommunalpolitik bekannt. Im Prinzip könne man den Mut verlieren, diese zu betreiben, da in Pinneberg nur noch eine Mangelwirtschaft herrsche, bei der man in den Gremien um jede hundert Euro für die Durchführung von Maßnahmen streiten müsse. Hiervon sei keine Fraktion ausgenommen. Die von Ratsherrn Dreher angesprochenen Maßnahmen seien für die Stadt zukunftsweisende Projekte, um mehr Einnahmen erzielen zu können. Bei allen bislang angeschobenen Projekten habe die Fraktion der Grünen & Unabhängigen nicht zugestimmt. Bei den Haushaltsberatungen 2014 werde diese Fraktion wieder überall den mahnenden Finger heben, letztlich dem Haushalt aber nicht zustimmen. Die SPD-Fraktion sei wirklich gespannt, was die Fraktion der Grünen & Unabhängigen an Vorschlägen für die anstehenden Haushaltsberatungen präsentieren werde, was die Stadt nicht mehr finanzieren und welche gesetzlichen Aufgaben sie nicht mehr durchführen solle. Mit den seit Jahren immer wieder vorgetragenen Aufzählreimen sei es nicht mehr getan, konkrete Vorschläge werden erwartet.

Ratsherr Stache führt aus, dass Ratsherr Dreher die Einsparvorschläge der Fraktion der Grünen & Unabhängigen in seinem Wortbeitrag bereits benannt habe. Dass investive Maßnahmen nur einmal Geld kosten, dafür aber einen Gegenwert darstellen, sei nicht ganz richtig. Sie ziehen Unterhaltungskosten nach. Gut sei in diesem Zusammenhang, das hierfür im Rahmen der Doppik für jedes Jahr ein bestimmter prozentualer Anteil in den Haushalt eingestellt werden müsse.

Ratsherr Dreher spricht an, dass die Fraktion der Grünen & Unabhängigen bestimmte Investitionen mittragen würde, wenn sich diese rechnen. Hierfür im Vorwege erforderliche wirtschaftliche Gesamtbetrachtungen würden von der Mehrheit in der Ratsversammlung aber abgelehnt. Pflichtaufgaben würde seine Fraktion nie zur Disposition stellen.

zu 15.2 Eröffnungsbilanz der Stadt Pinneberg zum 01.01.2009 13/225

Die Ratsversammlung nimmt den Entwurf der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 zur Kenntnis.

zu 15.3 Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung; 2. Quartal 2013 13/210

Die Ratsversammlung nimmt den Stand der Ausführung der im Berichtszeitraum 02.02.2006 bis 30.06.2013 von ihr gefassten Beschlüsse gem. der Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 13/210 (Stand: 08.07.2013) zur Kenntnis.

zu 16 Beschlussfassung über die Behandlung des Tagesordnungspunktes 17 in nichtöffentlicher Sitzung

Die Ratsversammlung fasst

einstimmig,

womit die Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erreicht ist, den Beschluss, den Tagesordnungspunkt 17 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Die Vorsitzende schließt darauf um 19.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Protokollführung über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ergibt sich aus dem Abschnitt Nr. 08/2013/N dieser Niederschrift.

gez. Boenigk
Vorsitzende

gez. Scheer
Protokollführer